



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 28.01.2020.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln  
 Beginn: 19:00 Uhr  
 Ende: 21:50 Uhr

## Anwesenheitsliste

### Vorsitzende/r

Wolf Haase SPD

### Ratsmitglieder

|                        |                       |      |                                  |
|------------------------|-----------------------|------|----------------------------------|
| Hermann Büßing         |                       | CDU  |                                  |
| Richard Dammann        | Bündnis 90/Die Grünen |      |                                  |
| Wolfgang Danziger      |                       | SPD  |                                  |
| Manfred Gausebeck      |                       | SPD  | Vertretung für Herrn             |
| Jendroska              |                       |      |                                  |
| Stephan Hofacker       |                       | ÖLiN |                                  |
| Thomas Hülsken         |                       | CDU  |                                  |
| Volker Ludwig          |                       | SPD  |                                  |
| Klaus Overesch         |                       | CDU  |                                  |
| Roswitha Roeing-Franke |                       | CDU  |                                  |
| Hartmut Rulle          |                       | CDU  |                                  |
| Martin Uphoff          | Bündnis 90/Die Grünen |      |                                  |
| Marco Upmann           |                       | CDU  |                                  |
| Jan Van de Vyle        |                       | UBG  | Vertretung für Frau Kleinschmidt |
| Herbert van Stein      |                       | UBG  |                                  |
| Helmut Walter          |                       | FDP  |                                  |

**Sachkundige/r Bürger/in**

Markus Böker

CDU

Peter Holtrup

SPD

**Teilhabebeauftragter**

Heinrich Rütering

Teilhabebeauftragter

**Stellvertr. sachk. Bürger/in**

Waldemar Bogus

UBG

Vertretung für Herrn Kruse

**Von der Verwaltung**

Doris Block

Katja Frerick

Kerstin Juta-Wiggeshoff

Michael Kneuer

Stefan Kohaus

Daniel Krüger

Manuela Mahnke

Jonas Sonntag

**Als Gast**

Alexander Emming

**Schriftführung**

Elisa Mütherig

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

### **A. Öffentliche Sitzung**

|          |  |
|----------|--|
| <b>1</b> | <b>Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</b> |
|----------|--|

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Ausschusssitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

|          |   |
|----------|---|
| <b>2</b> | <b>Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt</b> |
|----------|---|

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsherr Klaus Overesch bestimmt.

|          |                     |
|----------|---------------------|
| <b>3</b> | <b>Mitteilungen</b> |
|----------|---------------------|

Herr Kohaus teilt mit, dass er neue Informationen vom RVM bezüglich des Olfener Modells sowie der Buslinie C 85 (Nottuln – Appelhüsen Bahnhof) mitgeteilt bekommen habe. Die Buslinie C 85 entwickle sich laut RVM hinsichtlich der Ticketverkäufe sowie der Fahrgastzahlen positiv. Es werde überlegt, die Taktung der Buslinie an die neue Taktung der Regionalbahn anzupassen. Die Überlegung zur Umsetzung des Olfener Modells in Nottuln habe ergeben, dass sich eine Umsetzung nicht lohne, da die eingesparten Kilometer die Anschaffung und den Einsatz neuer Hardware nicht ausgleichen.

Bezüglich des EichenprozeSSIONSSpinnerS erläutert Herr Kohaus, dass der Rahmenvertrag mit der Firma aus dem Jahr 2019 verlängert wurde und man zudem überlege, Meisennistkästen aufzuhängen.

Herr Sonntag berichtet in Bezug auf die Vorlage 179/2019 „Verbesserung der Situation für Radfahrer im Kreuzungsbereich Oberstockumer- und Niederstockumer Weg mit der Ortsdurchfahrt“, dass er auf Nachfrage beim Kreis Coesfeld erfahren habe, dass der in Rede stehende Kreisverkehr mittelfristig, das bedeutet in ca. 3-5 Jahren installiert werden solle.

Herr Haase teilt mit, dass die vertagte Vorlage aus dem nicht-öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen vom 12.11.2019 in der Ratssitzung am 18.02.2020 beraten werden soll. Zudem lässt Herr Haase darüber abstimmen, den Antrag von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der FDP vom 27.01.2020 über die Sanierung des Sportplatzes Borussia Darup als Punkt 6.5 auf die Tagesordnung zu nehmen. Die

Abstimmung verläuft einstimmig.

## **4 Planungsangelegenheiten I**

### **4.1 Barrierefreier Umbau Ortskern Nottuln im 3. BA und Umgang mit den Platanen entlang der Stiftsstraße Zugleich: Bürgeranregung nach § 24 GO NRW, offener Brief – barrierefreie Gestaltung der Stiftsstraße vom 20.09.2019 (VL 190/2019) Vorlage: 011/2020**

Vorlage 011/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen regen an, die Sanierung aufzuschieben, da der Zustand der Bäume besser sei als gedacht und aufgrund dessen noch ein paar Jahre erhalten werden können.

Die SPD erläutert, dass man die Kappung der Platanen vor 35 Jahren noch gut erkennen könne. Das Gutachten zeige, dass in diesem Jahr eine weitere Kappung notwendig sei, sodass das vorhandene Bild nicht erhalten bleibe. Somit wolle man dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Zusätzlich regt die SPD an, weitere Bäume an anderer Stelle zu pflanzen.

Die CDU bekundet, dass die Platanen für das Ortsbild sehr wichtig seien. Dennoch sehe man die Probleme, die diese Bäume mit sich bringen. Die Fraktion erkundigt sich bei dem Baumgutachter Herrn Emming, ob es möglich sei, die Platanen unterhalb der Fäulehöhlungen zu kappen. Herr Emming erläutert, dass es möglich sei, dies jedoch keine baumfachliche Maßnahme sei und nicht zukunftsfruchtig sei. Des Weiteren rät Herr Emming auf Nachfrage der CDU davon ab, erneut Platanen zu pflanzen. Zudem erkundigt sich die CDU bei Herrn Krüger, welche Mehrarbeiten bei den Pflasterarbeiten nötig seien, um die vorhandenen Platanen in die Neuplanungen miteinzubeziehen. Herr Krüger erläutert, dass dazu große Bereiche der vorhandenen Wurzeln entnommen werden müssen und eine wassergebundene Decke eingebaut werden müsse. Da die Wurzeln jedoch die neue Oberfläche schnell zerstören werden und aufgrund der Hauseingänge entlang der Stiftsstraße ein bestimmtes Höhenniveau gehalten werden müsse, sei dies nicht zu empfehlen. Zudem sei fraglich, ob die Bezirksregierung die Nachhaltigkeit der Maßnahme anerkenne, wenn in bestimmten Zeitabständen die Barrierefreiheit erneut hergestellt werden müsse.

Die UBG äußert ebenfalls, dass die Platanen aus der Sicht der Fraktion im Baumgutachten gut bewertet wurden und aufgrund dessen in den Entwurf integriert werden müssen. Zudem erkundigt sich die UBG, warum der Entwurfsbereich vergrößert wurde und warum der Anteil der Asphaltfläche im Vergleich zum restlichen Entwurf so hoch sei. Die Kosten erscheinen der Fraktion sehr hoch. Außerdem handle es sich um einen rein verkehrstechnischen Entwurf und nicht um einen städtebaulichen. Herr Krüger erläutert, dass der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen in seiner Sitzung am 08.11.2017 beschlossen hat, die beiden Straßen-

seiten inklusive der Fahrbahn in den 3. BA miteinzubeziehen. Herr Krüger entschuldigt die fehlerhafte Darstellung der Pläne in Anlage 1 und 2 und stellt klar, dass Natursteinpflaster und kein Asphalt verbaut werden soll. Die als hoch angesehenen Kosten resultieren zum einen aus den einzuhaltenden Schleppkurven für den LKW- und insbesondere für den Busverkehr sowie zum anderen aus der Verwendung von Natursteinpflaster. Herr Sonntag ergänzt, dass die Nachhaltigkeit einer Maßnahme, die alle zwei bis drei Jahre ausgebessert werden müsse, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten, von Seiten der Bezirksregierung Münster als Fördergeber nachvollziehbarer angezweifelt werden könne. Zudem können die Platanen laut Gutachten lediglich mittelfristig erhalten werden. Beim Bauen plane man jedoch in einem längeren Zeitraum, sodass es nicht richtig sei, den Entwurf nur an der Lebensdauer der Bäume auszurichten. Herr Emming ergänzt weiterhin, dass es sich bei der Lebensdauer der Platanen nicht um die Betrachtung des Verkehrssicherheitszustandes handle.

Die FDP äußert, dass es schade sei, dass nach der Baumfällung auf dem Kastanienplatz nun die Bäume entlang der Stiftsstraße ebenfalls gefällt werden. Nichts desto trotz sei es wichtig, langfristig zu planen. Aufgrund dessen bittet die FDP darum, ein ähnliches Bild mit Ersatzbäumen herzustellen. Zudem fordert die FDP, dass eine Überarbeitung der Bordsteinkante durchgeführt wird. Herr Krüger erläutert, dass die Höhe der Bordsteinkante aus der Tempo-Dreißig Zone entlang der Stiftsstraße zum Schutz der Fußgänger resultiere. In Bezug auf die Höhe der neu angepflanzten Bäume erklärt Herr Krüger, dass diese voraussichtlich einen Kronenumfang von ca. 35 cm haben werden.

Der Teilhabebeauftragte Herr Rütering äußert, dass die Barrierefreiheit extrem wichtig sei und eine Baumaßnahme gewählt werden müsse, bei der die Barrierefreiheit nicht alle zwei bis drei Jahre erneuert werden müsse.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen weist erneut daraufhin, dass die Platanen Ortsbildprägend seien. Zudem fragt die Fraktion an, wieso eine Maßnahme, die in der vom Rat beschlossenen Prioritätenliste weit hinten steht, nun umgesetzt werden solle. Man solle mit der Umsetzung des 3. BA´s warten, bis die Platanen abgängig seien.

Die CDU bekundet, dass dringender Handlungsbedarf im Hinblick auf den Zustand des Pflasters und des Bürgersteiges bestehe. Zudem erkundigt sich die CDU nach den Kosten der Baumaßnahme und erfragt, ob ein großer Teil der Kosten aus der Frostschutzschicht resultiere. Herr Krüger erklärt, dass die Verwendung von Natursteinpflaster ein hoher Kostenfaktor ist. Im Hinblick auf die Frage der Förderfähigkeit der Maßnahme bei fehlender Barrierefreiheit erläutert Herr Sonntag, dass Barrierefreiheit Fördervoraussetzung bzw. Förderzweck ist. Auch weist Herr Sonntag daraufhin, dass die KAG-Fähigkeit des 2. BA erst mit Vollendung des 3. BA eintritt.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erkundigt sich, ob es möglich sei, sogenannte Wurzelbrücken einzusetzen, um die Platanen in die Baumaßnahme einzubinden. Herr Kneuer erläutert anhand von einem Schaubild, dass aufgrund der für die Hauseingänge notwendigen Anschlusshöhen eine Wurzelbrücke die Barrierefreiheit nicht möglich macht. Das Schaubild ist diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt. Zudem liege die Umsetzung der Wurzelbrücke pro Baum bei ca. 15.000 bis 20.000 €. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen stellt folgenden Antrag: Die Entwurfs-

planung wird überarbeitet und die Platanen bleiben soweit als möglich erhalten. Ersatzpflanzungen werden mit mindestens der gleichen Anzahl an Platanen vorgenommen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ein.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Planung für den 3. BA des barrierefreien Umbaus des Nottulner Ortskerns (siehe Anlage 1-4) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird damit beauftragt, diese Planung zur Ausführungsreife zu bringen und die Vergabe der Bauleistungen vorzubereiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fällung der Platanen entlang der Stiftsstraße, die sich im Baufeld des 3. BA befinden, innerhalb der Fällzeiten durchführen zu lassen. Daraus entsteht der Auftrag an die Verwaltung, Ersatzpflanzungen wie im Sachverhalt beschrieben sicherzustellen. Die Bürgeranregung nach § 24 GO NRW vom 20.09.2019 (VL 190/2019) ist damit erledigt.
3. Mit Vorliegen des Fördermittelbescheids und eines entsprechenden Beschlusses über den Haushalt der Gemeinde Nottuln für das Jahr 2020 wird die Verwaltung mit der sofortigen Ausschreibung und Umsetzung des Bauprogramms beauftragt (Baubeschluss).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 12 Nein 6 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

|  |
|--|
| <b>4.2 Sturmschadenbeseitigung Pastorskamp</b><br><b>Vorlage: 015/2020</b> |
|--|

Vorlage 015/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Die UBG schlägt vor, dass der Bauhof eine sogenannte Baumstumpfpräse anschafft, um langfristig Kosten zu sparen.

Die CDU bekundet, dass die Kosten sehr hoch seien, man jedoch die Baumstümpfe komplett entfernen solle, um ein langfristig tragbares Ergebnis zu erzielen.

Die SPD äußert, dass die hohen Kosten nicht von den Reparaturarbeiten hervorgerufen werden, sondern von den Kosten für die Anpflanzung neuer Bäume. Daher fragt die SPD, ob man nicht an den Anpflanzungskosten sparen könne. Herr Kneuer verneint dies.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläutert, dass aus ihrer Sicht die Baumstümpfe ebenerdig abgeschnitten werden und stehen gelassen werden. Anhand einer Grafik, die dem Protokoll als

Anlage 4 beigefügt wird, erklärt Herr Kneuer, warum es sinnvoll sei, die Wurzelstubben zu entfernen. Zudem erkundigt sich die Faktion Bündnis 90/ Die Grünen, warum kein Saatgut verwendet wird. Herr Kneuer erläutert, dass die Verwendung von Saatgut sowie das Anpflanzen von Stauden diskutiert wurde, diese aber aufgrund der benötigten Pflege nicht realisiert werde.

Die FDP erläutert, dass man die Anwohner nicht länger warten lassen solle. Jedoch bittet die Fraktion um eine Kostenaufstellung.

Die UBG stimmt der FDP zu. Die Rückfragen der Politik und die darauf gegebenen Antworten der Verwaltung zeigen, dass nur geringe Einsparungen möglich seien. Die UBG übt Kritik am Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen, da man zwei Jahre Zeit in die Erarbeitung von einem Pflanzentwurf für eine Straße gesteckt habe. Der Ausschussvorsitzende stimmt diesem zu und leitet die Abstimmung ein.

### **Beschlussvorschlag:**

Dem überarbeiteten Entwurf zur Neupflanzung von Straßenbäumen am Pastorskamp wird wie mit VL 178/2019 gezeigt zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Ausführungsplanung zu beauftragen, die Maßnahme auszuschreiben und im Anschluss baulich umzusetzen (Baubeschluss).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 15 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

|          |   |
|----------|---|
| <b>5</b> | <b>Haushaltsberatungen für die Fachbereiche 3 und 5</b><br><b>Vorlage: 008/2020</b> |
|----------|---|

Vorlage 008/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 5 beigefügt.

Die SPD erläutert, dass die Änderungsliste, die Frau Block am 24.01.2020 per Mail verschickt hat, aufgrund der Kurzfristigkeit nicht mehr hätte vorberaten werden können. Die SPD beantragt: Die Haushaltsberatung wird in der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen vom 28.01.2020 auf Anfang März verschoben.

Frau Block erklärt, dass es jährliche Praxis sei, dass nach der Haushaltseinbringung noch zentrale Änderungen hinzukommen. Bisher wurden diese in der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt. In diesem Jahr hätte sie die Liste bereits im Voraus für eine ausführlichere Vorbereitung versendet.

Die CDU erklärt, dass die Fraktion die Mail vor der internen Haushaltsberatung erreicht habe und die Änderungen aufgrund dessen mit eingeflossen seien. Jedoch werde sie Rücksicht auf die an-

deren Fraktionen nehmen und eine Verschiebung befürworten. Die Fraktionen ÖLiN und FDP stimmen dem zu.

Herr Kohaus weist darauf hin, dass der Ausschuss lediglich die Absetzung von der Tagesordnung beschließen könne, jedoch nicht die Veränderung der Sitzungstermine. Zudem sei es Voraussetzung, dass eine Haushaltsberatung im Haupt- und Finanzausschuss vor einer Beratung im Rat stattgefunden habe.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag der SPD abstimmen.

### **Beschluss:**

Die Haushaltsberatung wird in der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen vom 28.01.2020 auf Anfang März verschoben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 14 Nein 1 Enthaltung 4

Vertagt

|                                     |
|-------------------------------------|
| <b>6 Planungsangelegenheiten II</b> |
|-------------------------------------|

|   |
|---|
| <b>6.1 Kooperative Baulandentwicklung mit NRW.URBAN<br/>Vorlage: 013/2020</b> |
|---|

Vorlage 013/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 6 beigelegt.

Die CDU und die UBG begrüßen die Beschlussvorlage.

Die Fraktion ÖLiN gibt zu bedenken, dass die Verwaltung nicht alle Bauleitplanverfahren aus der Hand geben solle. Die Fraktion weist darauf hin, dass sie Nachverdichtungsverfahren befürwortet.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, in Anlehnung an den Vortrag des Herrn Kloidt im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen vom 10.09.2019 nunmehr eine verbindliche Kooperationsvereinbarung mit NRW.URBAN vorzubereiten. Diese steht insbesondere unter dem Vorbehalt der ministeriellen Zustimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen



**6.2 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld hier: Übertragung der Zuständigkeiten für die Erteilung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen bei nicht genehmigungsbedürftigen Bauvorhaben  
Vorlage: 012/2020**

Vorlage 012/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 7 beigelegt.

Die SPD erkundigt sich, ob bei Abschluss der Vereinbarung Kosten auf die Gemeinde Nottuln zu kommen und ob die Vereinbarung befristet sei. Herr Sonntag erläutert, dass keine Kosten für die Gemeinde Nottuln anfallen, die Gebühren, die bei Erteilung der Bescheide anfallen, jedoch nach Abschluss der Vereinbarung an den Kreis gehen. Eine Befristung der Vereinbarung sei nicht vorgesehen.

Die UBG bekundet, dass die Gemeinde ihre Rechte nicht abgeben sollte. Herr Sonntag erklärt, dass es im Interesse des Bauherren sei, alle Unterlagen bei einer Behörde einreichen zu können.

Die CDU befürwortet den Beschlussvorschlag.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen spricht sich dafür aus, die Vereinbarung nicht abzuschließen, um es für die Bürger komfortabler zu machen und um die Kompetenzen nicht an den Kreis abzugeben. Herr Sonntag erläutert, dass die Kompetenzen durch den Abschluss der Vereinbarung nicht abgegeben werden, da die Planungshoheit weiterhin bei der Gemeinde liege. Es gehe lediglich um die Vollzugsaufgabe, die bei der Genehmigungsbehörde angesiedelt ist. Die Idee dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung stamme von mehreren Kommunen im Kreis.

Die FDP erfragt, ob es sich um eine geringe Anzahl an Anträgen handelt. Herr Sonntag bejaht dies.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung ein.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, zum Zweck der Übertragung der Zuständigkeiten für die Erteilung von Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen bei nicht genehmigungsbedürftigen Bauvorhaben eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Coesfeld zu schließen (§§ 1, 23 ff. des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in Nordrhein Westfalen GkG NRW)).

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 14 Nein 4 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

**6.3 Förderprogramm Moderne Sportstätte 2022; hier: Aufstockung Fördertopf um 12 T€  
Vorlage: 009/2020**

Vorlage 009/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 8 beigelegt.

Die Abstimmung erfolgt ohne weitere Aussprache.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gemeinde Nottuln erteilt ihr Benehmen zu den beantragten Maßnahmen der Nottulner Sportvereine.

Aus dem Sportstättenbudget des Jahres 2018 in Höhe von 1,2 Mio. € werden 12 T€ für die Maßnahmen aus dem Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2022“ verwandt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**6.4 Antrag SV Fortuna Schapdetten e.V. vom 16.11.2019 – Erstellung eines Winterrasenspielfeldes  
Vorlage: 010/2020**

Vorlage 010/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 9 beigelegt.

Die UBG erläutert, dass es wichtig sei, die Gesamtkosten zu ermitteln und schlägt vor, in das Gutachten die Nutzung von LED-Glühbirnen in den Flutlichtanlagen einzubeziehen.

Die FDP und die CDU befürworten ein Gutachten ebenfalls. Zudem erkundigt sich die CDU, ob der Bedarf für einen Winterrasenplatz in Schapdetten vorhanden sei, da der Verein in einzelnen Mannschaften Kooperationen mit dem Sportverein Appelhülsen habe.

Die Fraktion ÖLiN befürwortet das Gutachten, weist jedoch darauf hin, dass es Ergebnis des Gutachtens sein sollte, auch die Bedingungen für einen Winterrasenplatz zu erläutern, um es auf andere Plätze anzuwenden. Zudem betont die Fraktion ÖLiN ihre negative Haltung gegenüber Kunstrasenplätzen.

Die SPD weist darauf hin, dass ein Winterrasenplatz aufgrund des hohen Wasserbedarfes pflegeaufwendig ist.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragen, dass zunächst geprüft wird, ob der Sportverein Schapdetten einen Bedarf für einen Winterrasenplatz hat.

Der stellvertretende Vereinsvorsitzende Herr Mende erläutert, dass der Verein wünscht, dieses

ökologische Projekt zu prüfen. Unabhängig von dem Ergebnis stehe die Umsetzung auf der Prioritätenliste weiterhin nicht auf den ersten Plätzen.

Es folgt eine Sitzungspause von 10 Minuten.

Die CDU spricht sich für die Erstellung des Gutachtens aus.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wiederholen folgenden Antrag: Zunächst wird der Bedarf eines Winterrasenplatzes für den Sportverein Schapdetten geprüft. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Kosten für ein Bodengutachten - als Basis für einen möglichen Umbau des bestehenden Tennisplatzes in einen Winterrasenplatz - in Höhe von 4.000 € werden mit in den Haushalt 2020 aufgenommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 12 Nein 7

mehrheitlich angenommen

|   |
|---|
| <b>6.5 Antrag Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 27.01.2020 - Borussia Darup<br/>Sanierung Kunstrasenplatz</b> |
|---|

Der Antrag 05-2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 10 beigelegt.

Ein Mitglied des Sportvereins Darup weist auf eine Korrektur des Antrags der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und FDP hin: Der Verein kann den im Antrag bezifferten Eigenanteil von 25.000€ nicht tragen, sodass der Anteil der Gemeinde Nottuln bei 175.000€ liegt.

Nach kurzer Aussprache wird die Beratung des Antrages aufgrund der nicht stattfindenden Haushaltsberatung (siehe TOP 5) vertagt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Vertagt

## **7 Verkehrsangelegenheiten**

### **7.1 Radverkehrskonzept des Kreises Coesfeld Vorlage: 014/2020**

Vorlage 014/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 11 beigelegt.

Herr Sonntag berichtet, dass das Radverkehrskonzept Kreis Coesfeld erst im Zeitraum Mai/Juni im Kreistag beraten werde.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bittet zum einen um mehr Beratungszeit und zum anderen darum, nicht nur außerörtliche Straßen im Konzept zu behandeln, sondern die täglich mit dem Rad genutzten Verbindungen aufzunehmen. Die SPD und die UBG befürworten dies. Zudem bittet die UBG, alle Anregungen der Fraktionen aufzunehmen und das Radverkehrskonzept des Kreises als Startpunkt zu sehen. Außerdem sei es wichtig, nicht alle Velorouten entlang von Hauptverkehrswegen zu führen, sondern Wirtschaftswege dazu zu nutzen. Herr Sonntag erläutert dazu, dass es sich bei dem vorgelegten Radverkehrskonzept um ein Gesamtkonzept für den Kreis Coesfeld handle. Für ein innerörtliches Konzept sei Geld im Haushalt 2020 eingestellt. In Bezug auf die Velorouten erklärt Herr Sonntag, dass es ein gängiges Vorgehen bei der Planung sei, unterschiedliche Infrastrukturen zu bündeln. Gleichzeitig sei es aus verschiedenen Gründen schwer, Velorouten auf Wirtschaftswegen unterzubringen.

Die CDU wünscht Zeit, um das Konzept in Ruhe zu beraten. Frau Mahnke erläutert, dass die Fraktionen ihre Wünsche an die Kreistagsabgeordneten weitergeben können. Herr Sonntag weist zudem daraufhin, dass es gerade für ein kreisweites Konzept wichtig sei, überörtliche Wege zu identifizieren. Er bittet, fraktionsintern alle Wünsche für das Radverkehrskonzept des Kreises zu klären und diese an ihn weiter zu leiten. Herr Sonntag wird die Vorschläge aus den Fraktionen gebündelt an den Kreis weitergeben. Zugleich stellt er heraus, dass für die erneute Beratung dieser Vorlage im Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen aus Zeitgründen nur die Märzsession in Frage kommt. Deswegen bittet er um kurzfristige Zusendung etwaiger Stellungnahmen aus den Fraktionen.

Die Abstimmung wird vertagt.

### **Beschlussvorschlag:**

Das Radverkehrskonzept des Kreises Coesfeld wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Vertagt

## **8 Umweltangelegenheiten**

### **8.1 Antrag Bündnis 90/Die Grünen hier: Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen Vorlage: 017/2020**

Vorlage 017/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 12 beigelegt.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erkundigt sich, welche Maßnahmen für das Jahr 2020 in Bezug auf die Eichenprozessionsspinner getroffen wurden. Herr Kohaus erläutert, dass die Nester in einem Absaugverfahren entfernt werden.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung ein.

### **Beschlussvorschlag:**

Da der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen sehr umfangreich und fachbereichsübergreifend ist, wird er in den Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen am 10.03.2020 und in den Betriebsausschuss am 18.03.2020 verwiesen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

## **9 Ordnungsangelegenheiten**

## **10 Verschiedenes**

Die CDU erkundigt sich, ob man Sorge haben müsse, dass das Transformatorenhäuschen in der Königsstraße in Appelhüsen abgerissen werde und ob man das Häuschen über das LEADER-Projekt fördern könne. Herr Sonntag erläutert, dass die Denkmalswürdigkeit des Objekts derzeit geprüft werde. In Bezug auf eine Förderung über das LEADER-Projekt werde die Gemeindeverwaltung gerne den Heimatverein unterstützen und Kontakt dazu aufnehmen.

Die Fraktion ÖLiN erfragt den aktuellen Stand der Planung des Radweges entlang der Roruper Straße. Herr Krüger erläutert, dass die Grundstücksverhandlungen nun abgeschlossen seien und noch im Jahr 2020 Baustart sei. Herr Sonntag ergänzt, dass die Verzögerungen aus Gründen des Grunderwerbs resultieren.

---

Wolf Haase  
Vorsitzender

---

Klaus Overesch  
Ausschussmitglied

---

Elisa Mütherig  
Schriftführerin